

„Am finanziellen Limit“

Seit 16 Wochen wartet eine Familie auf das Elterngeld. Was das für sie bedeutet und was ein Familienverband vorschlägt.

Erfurt. Anfang April brachte Claudia S. (*), sie möchte anonym bleiben, ihre Tochter zur Welt. Ihr Sohn ist vier Jahre alt, sie wohnen in einem Ort bei Gotha, alles wäre gut, wenn nicht der Ärger mit der Elterngeldstelle beim Jugendamt wäre. Bis heute erhielt sie keine einzige Überweisung.

Zwei Wochen nach der Geburt habe sie dort alles eingereicht, das Antragsformular, die Gehaltsnachweise der letzten zwölf Monate, die Kindergeldbescheinigung. Dass alle Unterlagen vollständig sind, sei ihr kurz darauf in einem Telefonat mit dem Amt bestätigt worden. Ein freundliches Gespräch, erinnert sich Claudia S., bei dem sie allerdings von der Erkrankung der für sie zuständigen Mitarbeiterin erfuhr. Sie müsse sich auf eine Bearbeitungsdauer von etwa zehn Wochen einstellen.

Monatlich fehlt eine vierstellige Summe

Inzwischen sind es 16 Wochen und die Familie wartet noch immer, muss mit dem Gehalt des Vaters über die Runden kommen. Rund zwei Drittel des Monatsgehalts beträgt das Elterngeld, in ihrem Fall sind es rund 1.200 Euro, die der Familie monatlich fehlen. Und die sich nicht einfach so kompensieren lassen.

Allein für die Windeln müssen sie im Monat wenigstens 50 Euro, für das Milchpulver 80 Euro ausgeben, rechnet sie vor. Die Miete schlägt mit 900 Euro zu Buche, die Lebensmittel mit 700 bis 800 Euro im Monat, dazu die üblichen Nebenkosten, Auto, Strom ... Wenn in einer Familie mit zwei Kindern ein Gehalt komplett ausfällt, kommt sie schnell ins Strudeln. Sie sind bei der Miete im Rückstand, sagt Claudia S., zum Glück habe der Vermieter Verständnis für ihre Situation. So wie der Kindergarten des Sohnes, wo inzwischen die Gebühren für drei Monate ausstehen.

Lange Bearbeitungszeiten wegen unbesetzter Stellen

Zumindest im Landkreis Gotha dürfte die Familie von Claudia S. nicht allein mit ihrem Problem sein. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer für Elterngeldanträge betrage derzeit 98 Tage, teilt der Leiter des zuständigen Jugendamtes, Thomas Jakob, auf Anfrage mit. Im Einzelfall auch länger, wenn zum Beispiel der Antrag nicht vollständig sei. Leider habe man in diesem Bereich zuletzt nicht alle Stellen besetzen können, begründet er die lange Wartezeit von drei bis vier Monaten, stellt allerdings Besserung in Aussicht. Mit zwei zusätzlichen Personalstellen sei künftig von einer Verkürzung der Bearbeitungszeiten auszugehen.

Dass die Situation für Eltern in dieser Zeit nicht immer einfach sei und finanzielle Zwänge bestehen könnten, sei nachvollziehbar. Allerdings könne die Erwartungshaltung nicht sein, „dass bereits kurz vor Ablauf der Mutterschutzzeiten Elterngeldanträge gestellt werden und umgehend Elterngeld bewilligt und ausgezahlt wird“, erklärt der Jugendamtsleiter.

Offensichtlich gibt es hier Freistaat zum Teil große Unterschiede. So beträgt im Saale-Orla-Kreis die durchschnittliche Bearbeitungszeit von der Antragstellung bis zur Auszahlung des Elterngeldes fünf bis sechs Wochen, das Erfurter Jugendamt spricht von vier bis sechs Wochen. In Jena lag die Bearbeitungsdauer im vergangenen Jahr bei durchschnittlich 30 Tagen. In der Elterngeldstelle sei

man bemüht, die Auszahlung möglichst übergangslos an das Mutterschaftsgeld anzuknüpfen, was allerdings voraussetze, dass der Antrag vollständig kurz nach der Geburt eingereicht werde.

Auch in Gera und den Landkreisen Nordhausen und Sömmerda verweist man auf die Vollständigkeit der Unterlagen, dann betrage die Bearbeitungszeit zwei bis drei Wochen, in Sömmerda sogar eine Woche weniger. Bei hohem Antragsaufkommen oder in Urlaubszeiten bemühe man sich, vier Wochen nicht zu überschreiten, heißt es von dort.

Verbandskritik: Auch andere Hilfen fließen sehr spät

Das liegt deutlich unter der Wartezeit der Familie von Claudia S., dennoch ist sie offensichtlich kein Einzelfall. Auch aus einigen anderen Kommunen würden Eltern von langen Wartezeiten berichten, in einem Fall sogar von sechs Monaten, fasst Katrin Konrad vom Verband kinderreicher Familien Rückmeldungen zusammen.

Was Familien allerdings viel häufiger in Schieflage bringt, sei das zum Teil monatelange Warten auf Leistungen wie Wohngeld, Kindergeldzuschlag und die Bearbeitung von Hilfen zur Beteiligung und Teilhabe, erklärt die Verbandsgeschäftsführerin. Sie nennt das Beispiel einer Familie, die insgesamt 1000 Euro aus eigener Tasche vorstrecken musste, um die Klassenfahrten von drei ihrer sechs Kinder zu ermöglichen.

Lange Auszahlungszeiten würden insbesondere Eltern mit mehreren Kindern in finanzielle Schwierigkeiten bringen, während laufende Ausgaben unverändert anfielen, kritisiert Katrin Konrad. Um Folgen wenigstens abzufedern, macht der Verband eine Forderung auf: Eine automatische Abschlagszahlung des gesetzlichen Mindestbetrags von 300 Euro, sobald der vollständige Antrag auf Elterngeld vorliegt.

Konrad erklärt dazu: „**Eine unbürokratische Sofortzahlung wäre rechtlich gut umsetzbar.**“

* Der Name ist der Redaktion bekannt.